Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1330 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 258. Montag, 5. November 1923, abends. 76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 5. 11. bis 9. 11. 60 Millionen Mk. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 120 Mk.; die 89 mm breite Reklamezeile 400 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa. Schlüsselzahl: 100 Millionen.

Der Kampf gegen den Verfall der Mark.

Festes Verhältnis der Papiermark.

Einlösung nach Goldanleihe zu bestimmtem Termin.

Das Reichskabinett hat soeben beschlossen, die Papiermark in eine feste Relation zu den wertbeständigen Zahlungsmitteln zu bringen, zu der sie zu einem bestimmten Termin eingelöst wird. Wie von parlamentarischer Seite verlautet, ist von den wertbeständigen Zahlungsmitteln die Goldanleihe in Aussicht genommen. Ueber die Höhe der Relation und die näheren Einzelheiten steht im Augenblick endgültiges noch nicht fest. Jedoch steht ein endgültiger Beschluß unmittelbar bevor.

*

Am gestrigen Sonntag wurde beim Reichsfinanzminister unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers eine **eingehende Besprechung mit Sachverständigen über die Markstabilisierung** veranstaltet. Zu Grunde lag der Beschluß des Reichskabinetts, ein festes Mindestumrechnungsverhältnis zwischen einem wertbeständigen Wert und der Papiermark herzustellen. Es handelt sich dabei um eine begrenzte Papiergeldmenge, da bekanntlich mit dem Inkrafttreten der Rentenmark die Notenpresse stillgelegt wird. Die Sachverständigen haben die Absichten der Regierung einmütig als praktisch durchführbar bezeichnet und so bestimmte positive Vorschläge gemacht, daß eine **endgültige Beschlußfassung der Reichsregierung in kürzester Frist** erfolgen kann. Aus den Kreisen der Sachverständigen ist zugleich mit großem Nachdruck gefordert worden, daß **gegen ungenehmigtes Notgeld mit aller Schärfe eingeschritten** wird und daß das genehmigte Notgeld nach anderweiter Befriedigung des dringendsten Bedarfs an Zahlungsmitteln sofort eingezogen werden muß.

Neue Goldschatzanweisungen des Reiches.

Zur Deckung von Notgeld.

Vom Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt: Der Bedarf an wertbeständigen Zahlungsmitteln ist außerordentlich gewachsen, andererseits stößt die Ausgabe von wertbeständigem Notgeld auf Schwierigkeiten, weil der **Betrag der Goldanleihe**, die als Unterlage für wertbeständiges Notgeld dient, **auf 500 Millionen Goldmark beschränkt** worden ist und **nicht erhöht werden darf. Um diesem Bedarf entgegenzukommen, hat sich das Reichsfinanzministerium entschlossen, 6prozentige, im Jahre 1932 fällige Goldschatzanweisungen bis zu einem Betrage von 300 Millionen Goldmark auszugeben.** Diese mit 5 Zinsscheinen ausgestatteten Schatzanweisungen werden nicht in kleinen Stücken geschaffen — der niedrigste Betrag wird 25 Dollars — 105 Goldmark sein — und sind nicht dazu bestimmt, als Zahlungsmittel verwendet zu werden. Sie können von Beginn der nächsten Woche ab zum jeweiligen Kurse der Auszahlung in Newyork bei den Reichsbankanstalten zum **Zwecke der Begründung von Notgeld durch die zur Ausgabe von Notgeld ermächtigten Stellen** erworben werden. Bis zur Fertigstellung der Stücke dient die von der Reichsbank erteilte Quittung als Unterlage.

Mit Rücksicht auf diese Erweiterung der Deckungsmöglichkeiten muß der Deckungsvermerk auf dem Notgeldschein in Zukunft lauten: „Dieser Notgeldschein ist gedeckt nach Maßgabe der Bestimmungen der Reichsregierung." Ferner muß sich aus dem Notgeldschein ergeben, daß der Inhaber des Scheines innerhalb eines Monats nach Aufruf diese nach Wahl des Ausstellers je nach der Art der Deckung gegen Stücke der hinterlegten wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches beziehungsweise gegen Goldschatzanweisungen des Reiches oder gegen einen dem Kurse des hinterlegten Wertpapiers am Tage der Zahlung entsprechenden Betrag eintauschen kann.

*

Die neue Währung als Spekulationsobjekt.

Es liegt im Wesen der in Widersinnigkeit auf allen Wirtschaftsgebieten zerrissenen Zeit, daß jede Maßnahme, sei sie noch so gut gemeint und vorbedacht, den Kreisen, die gerade von der Wirrnis leben und die Wirrnis zu erhalten bestrebt sind, **zum Objekt ihrer Spekulation** gemacht wird. So haben es die Lohn- und Gehaltsempfänger, die nicht das Glück haben, sich in einer irgendwie behördlich abhängigen Stellung oder in einem Bank- und Großindustriebetriebe zu befinden, von den als Uebergangswährung gedachten Einzelstücken der Goldanleihe und der Dollarschatzanweisungen so gut wie nichts zu sehen bekommen. Sie haben, teilweise sogar unter Verspätung, das heißt Entwertung, bis auf einen Bruchteil der Kaufkraft Papiermark erhalten, während die sogenannten wertbeständigen Zahlungsmittel in festen Händen geblieben sind. Die Reichsregierung hat sich sofort mit diesen tiefbedauerlichen Vorgängen befaßt und festgestellt, daß teilweise **Goldanleihe in sehr hohen Beträgen** bei der Reichsbank **gekauft** ist, ohne daß die Stücke greifbar waren. Die Bezahlung erfolgte dann mehrere Tage später, und zwar zu dem Papiermarkkurse des Bestellungstages. Es ist nun verfügt, daß **alle Käufer dieser Art sofort** annulliert werden und eine Aufwertung der bereits in der gekennzeichneten Form stattgehabten Spekulationskäufe erfolgen muß. Ferner wird die Papiermark in eine feste Beziehung zu den wertbeständigen Zahlungsmitteln gebracht werden, so daß eine spätere Einlösung möglich ist und dem ungeheuren Entwertungstempo des Papiergeldes vorgebeugt wird. Eine solche Maßnahme ist natürlich nur innerhalb einer sehr kurzen zeitlichen Begrenzung möglich. Dadurch, daß die Uebergangszahlungsmittel, wie die Goldanleihestücke, ihrerseits wieder in ein festes Verhältnis zur Rentenmark gesetzt werden sollen, wird ein möglichst reibungsloser Uebergang erstrebt.

Der Goldanleihe-Skandal und die Wirtschaft.

In führenden Wirtschaftskreisen der Reichshauptstadt macht sich **starker Unwille gegen die Kurstreibereien und Spekulationen am Markte** der Goldanleihe geltend. In den Sitzungen verschiedener Verbände, die zufällig in diesen Tagen in Berlin stattfanden, wurde diese Angelegenheit als aktuellstes Problem der Wirtschafts- und Währungspolitik eingehend besprochen. Wie der Telunion-Sachsendienst berichtet, sind in den nächsten Tagen **energische Vorstellungen bei der Regierung** seitens einer ganzen Reihe Industrieller und Arbeitgeberorganisationen zu erwarten. Man verweist in diesen Kreisen besonders darauf, daß die ganze **Goldanleihe**, die bekanntlich auf 500 Millionen Goldmark begrenzt war, **bereits der Spekulation** in den Rachen geworfen worden ist, daß aber die gewerblichen Betriebe nicht in der Lage sind, sich die für Gehalts- und Lohnzahlungen so dringend benötigten Stücke zu beschaffen. Das Verhalten der Großbanken und die unbegreifliche Sorglosigkeit der Reichsbank in dieser Angelegenheit dürfte der Gegenstand einer besonders scharfen Kritik werden. Man rechnet damit, daß die Proteste der Wirtschaft auch in den Kreisen der Arbeitnehmer einen starken Widerhall finden werden, die ja tatsächlich durch die Goldanleihespekulanten um die ihnen zugesagten wertbeständigen Zahlungsmittel geprellt worden sind. Sollten in den nächsten Tagen infolge dieser Kurstreibereien erneute Störungen im Kleinhandel und in der Versorgung der Bevölkerung mit Brot und anderen wichtigen Lebensmitteln einsetzen, so trägt den größten Teil der Verantwortung hierfür die Reichsbank, die es nicht verstanden hat, das einzige vorläufig vorhandene wertbeständige Zahlungsmittel dorthin zu dirigieren, wo es gebraucht wurde.

Wertbeständiges Eisenbahngeld.

Für Gehalts- und Lohnzahlungen.

Auch die Reichsbahn wird durch Herausgabe von wertbeständigen Geldscheinen, die sich auf die Goldanleihe stützen, die Bezüge des Reichsbahnpersonals zum Teil und in nach und nach steigendem Verhältnis wertbeständig gestalten. Damit die hierfür erforderlichen wertbeständigen Zahlungsmittel bei den Kassen der Reichsbahn verfügbar sind, wird der Reichsverkehrsminister im Einverständnis mit dem Reichsfinanzministerium demnächst wertbeständige Anteilscheine über 0,42 Mark Gold = 1/10 Dollar, über 1,05 Mark Gold = 1/4 Dollar, sowie über 2,10 Mark = 1/2 Dollar herausgeben, die vorläufig als Zahlungsmittel umlaufen sollen und später in Schatzanweisungen des Reiches umzutauschen sind. Diese Anteilscheine sollen vorläufig lediglich zu Gehalts- und Lohnzahlungen verwendet werden.

Der Handel mit der deutschen Mark in Newyork eingestellt.

)(London. Wie Reuter aus Newyork meldet, **haben die Banken und Wechselstuben den Handel mit deutscher Mark eingestellt.**

)(Berlin. Zu der Newyorker Meldung, daß die Banken und Wechselstuben den Handel mit deutscher Mark eingestellt haben, schreibt der „Montag", durch die Bekanntgabe dieses Beschlusses werde die Tatsache erhärtet, daß in Newyork nur eine unbedeutende Spekulantengruppe die deutsche Währung hin- und herwirft und daß demnach der Newyorker Kurs auch in keiner Weise als Wertmaßstab für die deutsche Währung angesehen werden kann und darf. Jeder Kurs der Papiermark, der ev. auch noch weiter aus Newyork gemeldet werden würde, müsse als praktisch bedeutungslos angesehen werden.

Versammlungsverbot auch für den 9. November.

Um über die Handhabung der aus Anlaß des Ausnahmezustandes erlassenen Verordnungen am 9. November Zweifel auszuschließen, wird vom Wehrkreiskommando mitgeteilt: Auch für den 9. November bleibt es im Freistaat Sachsen bei den erlassenen Bestimmungen, wonach Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel grundsätzlich verboten und politische Versammlungen, die in geschlossenen Räumen abgehalten werden, durch die hierzu bestimmten Behörden genehmigungspflichtig sind.

Der Stand der Regierungskrise.

)(London. Reuter meldet aus Washington: Im Weißen Hause wurde im Namen des Präsidenten erklärt, der ursprüngliche Plan zur **Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands** habe die „vollständige und umfassende" Prüfung der Frage vorgesehen. Falls Einschränkungen erfolgen sollten, die nach Ansicht der amerikanischen amtlichen Stellen keine Hoffnung auf gute Ergebnisse der Prüfung eröffnen würden, so würde wahrscheinlich einer amerikanischen Teilnahme nur mit der ausdrücklichen Erklärung zugestimmt werden, daß die Washingtoner Regierung von Anfang an der Ansicht sei, daß die Bemühungen, die Reparationsfrage in dieser Weise zu regeln, aussichtslos wären.

Unveränderte parlamentarische Lage.

Die parlamentarische Situation hat sich noch nicht weiter geklärt. Der Reichskanzler scheint die Absicht zu haben, **den Reichstag in der nächsten Zeit gar nicht tagen zu lassen** und wie bisher, wenn auch nicht auf Grund des nunmehr erledigten Ermächtigungsgesetzes, so doch auf Grund des Ausnahmeartikels 48 der Reichsverfassung eine Zeitlang zu regieren um wenigstens die dringendsten Aufgaben schnellstens zu erledigen. In Kreisen der **Deutschen Volkspartei**, deren Fraktion erst heute zusammentreten wird, ist das Bestreben unverkennbar, die Gelegenheit zu benützen und **jetzt durch Heranziehung der Deutschnationalen einen großen parlamentarischen Bürgerblock zu bilden.** Wieweit Dr. Stresemann mit diesen Ideen sympatisiert, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen.

Fraktionssitzungen.

Am Sonnabend tagte im Reichstag nur die **demokratische Fraktion.** Die Deutschnationalen haben ihre Fraktionssitzung für Dienstag angesetzt, während die Fraktion der Deutschen Volkspartei heute Montag zusammentreten wird. Die Sozialdemokraten und Kommunisten hatten für Sonnabend keine Fraktionssitzung angesetzt. Die Demokraten hatten zu ihren Beratungen, die schon um 8.30 Uhr früh begannen, den Parteivorstand aus dem Reiche zugezogen, sodaß sich **eine große politische Aussprache entwickelte.** Die Fraktion nahm mit dem Parteivorstand eine **abwartende Haltung ein.** Die demokratischen Minister, die an der Erörterung teilnahmen, haben sich um 3 Uhr zu einer Kabinettssitzung zum Reichskanzler begeben.

Der **Auswärtige Ausschuß des Reichstages**, der am Montag zusammentreten sollte, wird sich **erst am Dienstag** nachmittag um 4 Uhr versammeln.

Die **Zentrumsfraktion** des Reichstages hielt gestern eine **fünfstündige Sitzung** ab, in der zur politischen Lage, wie sie durch den Austritt der Sozialdemokraten aus dem Reichskabinett sich entwickelt hat, Stellung genommen wurde. **Beschlüsse wurden gestern noch nicht gefaßt.** Das Zentrum ist mit den Demokraten einig in der **Ablehnung jeder Erweiterung der Regierung Stresemann** durch die Einbeziehung der Deutschnationalen.

Der bayerische Ministerrat zur Lage.

Der bayerische Ministerrat trat gestern vormittag zusammen, um sich mit der **Umbildung des Reichskabinetts** und der dadurch geschaffenen Lage zu befassen. Die **Auseinandersetzung des Konflikts mit dem Reiche** erfährt durch die Berliner Kabinettsbildung eine **Verzögerung.** Die bayerische Staatsregierung wartet ab, was das neue Reichskabinett in dieser Sache vorzuschlagen hat. In der Besprechung soll der bayerische Ministerrat weiter auf das Ansuchen des Generalstaatskommissars auf sofortige Auswerfung von einer Million Goldmark zur Linderung der dringendsten Not zurückkommen.

Falsche Gerüchte aus Bayern.

Das auch durch einzelne Zeitungen verbreitete Gerücht, Bayern habe der Reichsregierung ein Ultimatum zugehen lassen, durch das befristet die Einsetzung einer Diktatur verlangt würde, andernfalls ein **Vormarsch bayrischer Kräfte auf Berlin** erfolgen werde, ist nach fernmündlicher Mitteilung der bayrischen Staatsregierung an den Reichskanzler **völlig aus der Luft gegriffen.**

Die amtliche Korrespondenz Hoffmann bezeichnet die Meldung des Vorwärts über den Sturz der verfassungsmäßigen Regierung und daß ein Ultimatum an Berlin gestellt worden sei, sowie daß Truppen im Anmarsch seien nach Erkundigung an zuständiger Stelle **als erfunden.**

Wer hat zuerst an der bayrisch-thüringischen Grenze gerüstet?

)(**München.** Zu einem Telegramm des sozialdemokratischen Reichsministers an den bayerischen Ministerpräsidenten schreiben die „Münchner Neuesten Nachrichten", daß vor zwei Tagen im Reichswehrministerium festgestellt worden sei, daß die **thüringische Landespolizei an der bayerischen Grenze verstärkt** worden sei und daß daraufhin auch **von bayerischer Seite Maßnahmen** zum Schutze der Grenze getroffen wurden. Diese Dinge müßten festgestellt werden gegenüber den sozialistischen Verschiebungsversuchen.

Poincaré beinahe am Ziel.

Die Anstrengungen Poincarés, die von Amerika und England angeregte Wirtschaftskonferenz unmöglich zu machen, stehen kurz vor dem Erfolge. Amerika sieht sich nicht in der Lage, von der Konferenz irgendetwas zu erhoffen wenn Poincaré die Vorbehalte und Einschränkungen aufrecht erhält, von denen er in seiner letzten Rede gesprochen hat. Der amerikanische Staatssekretär Hughes hat dem französischen Geschäftsträger mitgeteilt, daß **Amerika nichts übrig bliebe, als sich zurückzuziehen,** falls die französische Regierung die Konsequenzen des Sachverständigen-Komitees soweit einschränke, daß von den Hauptfragen überhaupt nicht gesprochen werden darf. Inzwischen hat nun **Deutschland erklären lassen, daß es seine Sachleistungen insgesamt einstellen müsse.** Eine Antwort ist noch nicht erfolgt, aber man darf ganz gewiß damit rechnen, daß **Poincaré** auch diese Tatsache benutzen wird, **um bei seinen Verbündeten gegen Deutschland Stimmung zu machen und von deutscher Böswilligkeit** zu schwatzen. **Daß Frankreich in all diesen Fragen bereits völlig isoliert** dasteht, da sowohl Belgien wie Italien Interesse an einer **wirklich entscheidenden Sachverständigenkonferenz** haben, sieht ihn wenig an. Es scheint, als ob irgendeine politische oder diplomatische Konstellation nicht im-